

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alter-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Volkvermögen und Volkseinkommen.

Im Leben eines Volkes ist, genau so wie im privaten Leben des einzelnen, das verfügbare Vermögen und die Höhe des Einkommens bestimmend dafür, welchen Anteil ein Volk, als Ganzes gesehen, an den Errungenschaften von Zivilisation und Kultur hat. Die Gewerkschaften haben im Gesamtrahmen von Volkseinkommen und Volkvermögen zwei Aufgaben zu erfüllen. Die erste liegt in der Richtung, allen Gliedern des Volkes, vornehmlich aber denen, die durch ihrer Hände und Hirne Arbeit die Wirtschaftswerte erschaffen, eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung am Wirtschaftsertrage zu sichern. Es hat diese Aufgabe gewiß nichts mit jenem naiven Teilungssystem zu tun, das von minderbegabten Reaktionären als Kernpunkt des freigewerkschaftlichen Kampfes hingestellt und dann widerlegt wird, wozu ebensoviele Mut wie Wissen notwendig ist. In Wirklichkeit ist es so, daß nur in dem Maße, wie es gelingt, den arbeitenden Menschen am Volkvermögen zu beteiligen, auch die zweite Aufgabe, nämlich das Volkvermögen und das Volkseinkommen zu steigern, gelöst werden kann, denn die Arbeitskraft ist der wichtigste Produktionsfaktor, dessen Leistung im entscheidenden Maße von seiner Pflege abhängt.

Wie steht es nun um die Höhe des Volkvermögens? Zunächst die absoluten Ziffern, wie sie in der soeben von der Dresdner Bank herausgegebenen Schrift „Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt“ angegeben sind. Dazu ist zu bemerken, daß die Zahlen sich auf Vorkriegsziffern beziehen, also die durch die gestiegene Leistung eingetragene Entwertung des Geldes schon berücksichtigt ist. Es betrug das Volkvermögen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den wichtigsten europäischen Ländern:

Land	insgesamt in Milliarden M.		pro Kopf der Bevölkerung i. 1000 M.	
	1913/1914*	1928	1913/1914*	1928
Vereinigte Staaten	831	1262	8,6	10,5
England	286—293	304	6,3—6,4	6,7
Deutschland	310	250	4,6	3,9
Frankreich	240—245	212	6,0—6,1	5,2
Schweden	19—20	28	3,4—3,6	4,7
Schweiz	24—25	33,5	6,2—6,5	8,3
Polen	—	50,5	—	1,8
Rußland	260	148	1,7	1,0

Die Statistik unterscheidet bei den Berechnungen über das Volkvermögen Länder mit passivem und aktivem Investitionsaldo. Zu den ersteren gehören die Staaten, bei denen der Besitz von Ausländern an den heimischen Vermögenswerten größer ist als die eigene Auslandsbeteiligung. Ein typisches Land mit passivem Investitionsaldo ist Deutschland, dessen Gesamtbesitz auf etwa 390 Milliarden Mark (heutigen Geldwertes) zu beziffern ist, wovon aber rund 50 Milliarden Mark als Auslandschuld in Abzug zu bringen sind. Diese setzen sich zusammen aus 35 Milliarden Mark. Gegenwartswert der Reparationszahlungen und 15 Milliarden Mark privaten Schuldverpflichtungen. Die übrigen, in obiger Statistik aufgeführten Länder verfügen, mit Ausnahme von Polen und Rußland, über einen aktiven Investitionsaldo, das heißt über größere Auslandsbeteiligungen als Auslandsverpflichtungen. Der Aktivsaldo beträgt für die Vereinigten Staaten von Amerika 60 bis 75 Milliarden Mark, für Frankreich 40 bis 50 Milliarden Mark, die Schweiz 6 bis 7 Milliarden Mark und für England, das in seinem riesigen Kolonialreich gewaltige Summen angelegt hat, 80 bis 85 Milliarden Mark.

Ueber das größte Volkvermögen, sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung, verfügen die Vereinigten Staaten von Amerika. In Europa steht die Schweiz mit rund 8300 Mark pro Kopf der Bevölkerung an der Spitze. Ihr folgt England mit 6700 Mark, Frankreich mit 5200 Mark, Schweden mit 4700 Mark, und dann erst kommt Deutschland mit etwa 3900 Mark. Unter dem deutschen Satz liegen die östlichen Staaten (Polen, Rußland, russische Randstaaten), die Balkan- und Donauländer, während in Dänemark, Belgien und Holland das Volkvermögen die deutsche Summe um einiges übersteigt.

Beachtlich sind auch die Verschiebungen zwischen 1913 und 1928. In den Ländern, die den Krieg gewonnen haben, so in Amerika und England, ist der Vermögensanteil je Einwohner gestiegen, während er in Frankreich einen starken Rückgang zeigt. Deutschland und Rußland weisen ebenfalls

eine starke Minderung auf, während alle neutralen Staaten ihr Vermögen absolut, wie auch pro Kopf der Bevölkerung erheblich zu steigern vermochten.

Und nun zum Volkseinkommen. Auch hier finden die Zahlen Verwendung, die die Dresdner Bank der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat. Danach betrug das Volkseinkommen im Jahre 1928:

	insges. in Mill. M.	pr. Kopf b. Bevölkerung in M.
Vereinigte Staaten	373 615	3113
Holland	12 000	1584
England	71 605	1567
Schweiz	5 913	1473
Norwegen	3 543	1337
Dänemark	4 000	1144
Schweden	6 750	1107
Deutschland	68 500	1077
Frankreich	39 472	960
Belgien	6 993	885
Tschechoslowakei	9 078	630
Österreich	3 958	593
Polen	9 401	317
Rußland	49 500	325

Für Holland, die Schweiz, Belgien, die Tschechoslowakei und Polen stammen die Schätzungen aus dem Jahre 1927. Das höchste Volkseinkommen in jeder Beziehung hat das reiche Amerika. Es entfällt dort auf den Einwohner der ungefähr doppelt so hohe Betrag wie in Holland, dem Lande, das in Europa im Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung an der Spitze steht. An zweiter Stelle unter den europäischen Ländern finden wir Großbritannien mit 1567 Mark. Die Schweiz weist den ebenfalls sehr hohen Satz von 1473 Mark auf. Deutschland steht mit 1077 Mark in Europa an siebenter Stelle. Außer Holland, Großbritannien und der Schweiz liegen die Einkommenssätze pro Kopf der Bevölkerung in den nordischen Staaten: Schweden, Dänemark und Norwegen, höher als bei uns. Trotzdem das Volkvermögen je Einwohner in Frankreich ungleich höher ist als bei uns, liegt in diesem Lande das Einkommen je Einwohner erheblich tiefer als in Deutschland. In den östereichischen Nachfolgestaaten und den osteuropäischen Ländern liegt der Einkommenssatz ebenfalls unter dem deutschen. Den Rekordtieffstand weist Polen mit 317 Mark auf, der nur noch von Litauen und Bulgarien unterschritten wird.

Vergleicht man das Volkseinkommen mit den Vermögenswerten der einzelnen Volkswirtschaften, so ergibt sich, daß das Volkseinkommen im Durchschnitt 10 bis 20 % des Volkvermögens beträgt. Der Prozentsatz ist in den Ländern am höchsten, die eine hohe Vermögensquote je Kopf der Bevölkerung aufweisen. Das erklärt sich aus der Produktivkraft des in Menschen und Anlagen investierten Kapitals, dessen Zweck es ja ist, neue Wirtschaftswerte und somit neues Volkvermögen zu erzeugen.

Der während der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu beobachtende Wandel, daß sich das wirtschaftliche Schwergewicht der Welt von Europa nach Amerika verlagerte, tritt auch in der Gestalt des Volkseinkommens deutlich zutage. Das erhellt folgendes Zahlenbild, in dem der prozentmäßige Anteil der einzelnen Weltteile am Weltseinkommen dargestellt ist. Daran waren beteiligt:

	vor dem Kriege	1928
Europa	50 %	40 %
Amerika	30 %	40 %
Übrige Weltteile	20 %	20 %
Zusammen	100 %	100 %

Aus dieser Zahlenaufstellung geht deutlich hervor, daß in der Einkommensgestaltung das alte Europa von dem jungaufstrebenden Amerika überflügelt worden ist. Die Gründe hierfür haben schon des öfteren Erwähnung gefunden. Amerikas Volkseinkommen wuchs so schnell, weil es ein einziges großes Wirtschaftsgebiet ist im Gegensatz zu dem wirtschaftlich balkaniserten Europa und auch weil in diesem Lande zuerst erkannt wurde, daß der Arbeitslohn nicht nur ein Unkostenfaktor im Produktionsprozeß ist, sondern ihm hohe konjunkturelle und wirtschaftsbelebende Wirkungen innewohnen. Diesem Moment zum Durchbruch zu verhelfen und damit die Voraussetzungen für steigenden Volkswohlstand zu schaffen, ist eine Aufgabe, die in Europa zu lösen, die Gewerkschaften übernommen haben.

Krisenunterstützung für die baugewerblichen Arbeiter.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen erhalten Krisenunterstützung nur Arbeitslose derjenigen Berufsgruppen, die vom Reichsarbeitsministerium benannt sind. Der Berufsgruppe 16, Baugewerbe, zu der auch unsere Baualer gezählt werden, scheidet nach dem heutigen Stande der Verordnungen von vornherein aus, weil sie zu den Berufen mit berufsüblicher Arbeitslosigkeit gehört, die wiederum nicht durch Konjunkturercheinungen, sondern durch Saison- beziehungsweise Witterungseinflüsse bedingt ist. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe sehr stark von den allgemeinen Verhältnissen beeinflusst wird und in der Hauptsache in der Uebersetzung des Malergewerbes ihren Grund hat. Zunahme der sogenannten Alleinbetriebe, Lehrlingszüchtereien, Verlängerung der Lehrzeit, bewirken in immer steigendem Maße, daß selbst in den besten Monaten des Jahres ein großer Teil der Gehilfen ohne Arbeit und Verdienst ist. Die herrschende Stilrichtung tut ein übriges.

Es gäbe jetzt Kräfte genug im Malergewerbe, die all die schönen Arbeiten ausführen könnten, die bei den Fachausstellungen, in den Fachblättern usw. gezeigt werden. Zunächst beherrschen aber, soweit die zahlungsfähigeren Auftraggeber in Frage kommen, Naturhölzer und Beleuchtungskörper das Feld, während für den Maler nicht allzuviel übrig bleibt; an dekorativen Arbeiten schon gleich gar nicht. Wäre dem nicht so, hätten wir anstatt 70 000 Malereibetriebe nur 35 000 und anstatt mehr als 40 000 Lehrlinge nur 20 000, so daß nicht Jahr für Jahr 10- bis 15 000 neue Gehilfen dazu kämen und würde man die Lehrlinge überall nur zum Lernen halten, dann würden im Sommer keine und im Winter, selbst bei 20 Grad Kälte, weit weniger arbeitslose Gehilfen vorhanden sein als beispielsweise in diesem außerordentlich milden Winter. Die Witterungseinflüsse sind es also nicht, die die große Arbeitslosigkeit im Malergewerbe verursachen, mindestens nicht in dem Ausmaße, wie man das immer wahr haben will. Wenn also sonst keine Gründe vorhanden wären, unsere Kollegen von der Krisenfürsorge auszuschließen, dann hätte unser gegenseitiges Bestreben auch Erfolg haben müssen.

Gewiß wäre man uns auch da noch nicht mit offenen Armen entgegengekommen, denn die sogenannten hohen Verdienste der Saisonarbeiter — insbesondere der baugewerblichen Arbeiter — erwecken bei manchen Leuten über die Lebensverhältnisse unserer Berufskollegen Vorstellungen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Abgesehen davon, daß es auch in andern Berufen Stundenverdienste gibt, die mindestens mit denen unserer Baualerkollegen gleich stehen, übersehen man offensichtlich, daß selbst die Kollegen, die das ganze Jahr über beschäftigt sind, in ihrem Jahreseinkommen recht wesentlich hinter dem vieler Industriearbeiter zurückbleiben. Man weiß auch nicht, daß der Malergehilfe sein Brot oft unter viel schwierigeren Verhältnissen verdienen muß, daß er, da er oft Tag für Tag den Arbeitsplatz wechselt, seine Wohnung nicht in der Nähe des Betriebes wählen kann, das Mittagbrot nicht in der Fabrikantenne, sondern in der nächstgelegenen Wirtschaft eingenommen wird und daß, besonders in Großstädten, oft schon ein halber Stundenlohn pro Tag für Fahrgehalt aufgewandt wird usw. Alle diese Dinge brauchen dem Laien nicht bekannt zu sein. Sie sind jedoch vorhanden und drücken auf das Haushaltsbudget unserer Kollegen. Wird aber dann ein Kollege entlassen, wechselt er ein dutzendmal den Betrieb, so gehen ihm, selbst wenn er immer wieder Glück hat, Arbeitsstage verloren, die sein Jahreseinkommen wesentlich verringern. Bei Tausenden ist es aber nicht mit einigen Tagen getan. Es vergehen Wochen oder Monate, bis sie wieder unterkommen, wenn sie schließlich nicht ganz auf der Strecke bleiben. Hat dann so ein Kollege 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung zusammengebracht, dann besteht Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung. Hat es aber nicht erreicht und ist keine alte Anwartschaft mehr vorhanden, dann muß die Wohlfahrtsfürsorge einspringen. Es kann ihm dann sogar passieren, daß er von dieser Behörde als Maler beschäftigt wird, aber nicht etwa zum tariflichen Lohn, sondern, wenn's hoch geht, zu dem der ständigen Gemeindearbeiter, recht oft aber zu dem von der Wohlfahrtsbehörde willkürlich festgesetzten Lohn, der weit hinter dem Tariflohn zurückbleibt.

Daß derartige Zustände auf die Dauer unerträglich sind, leuchtet jedem vernünftigen Menschen ein. Der Verbandsvorstand hat daher schon Anfang Dezember vorigen Jahres unsere Bezirksleiter beauftragt, die Landesarbeitsämter zu veranlassen, beim Reichsarbeitsministerium beziehungsweise bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung ihren Einfluß geltend zu machen, damit unsere Kollegen in die Krisenfürsorge mit eingereicht werden. Sie haben denn auch alle Hebel in Bewegung gesetzt, aber nicht überall das nötige Verständnis gefunden. Der Ver-

* 1913/14 heutiges Gebiet.

bandsvorstand hat Mitte Januar dem Reichsarbeitsministerium einen diesbezüglichen Antrag unterbreitet und all die Gründe dargelegt, die für unsern Antrag sprechen. Wir haben ferner einen Antrag sämtlicher baugewerblichen Verbände mit unterzeichnet, der für diese das gleiche bezweckt. — Auch der Vorstand des A. O. B. ist in diesem Sinne tätig gewesen.

Am 31. Januar fand nun auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums eine Besprechung statt, in der die schriftlich eingereichten Anträge nochmals eingehend begründet wurden. Kollege Bernhard vom Deutschen Baugewerksbund brachte zum Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eine Wirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sei und somit die Einreihung sämtlicher Arbeiter des Baugewerbes und der Baueingewerke in die Krisenfürsorge verlangt werden müsse. Mehr als 70 000 organisierte Bauarbeiter erhalten heute keine Arbeitslosenunterstützung mehr, weil die alten Anwartschaften aufgebraucht sind und neue nicht erreicht werden konnten. Die Kollegen Wolgast vom Zimmererverband, Wunderlich vom Verband der Steinarbeiter und Balleng vom Verband der Maschinen- und Heizer schilderten die besonderen Verhältnisse ihres Berufes und unterstrichen die Ausführungen Bernhards. Kollege Bah brachte die bereits oben dargelegten Gründe für die Arbeitslosigkeit unserer Berufskollegen eindringlich zum Vortrag und verwies insbesondere auf die große Notlage, in der sich unsere arbeitslosen Kollegen befinden.

Der Herr Minister ging in seinen Ausführungen zunächst auf die Ursachen des Rückganges der Bautätigkeit ein, die in der allmählichen Geldknappheit zu finden sind. So ständen die Mittel der Sparkassen und Hypothekenbanken nicht mehr in dem Ausmaße zur Verfügung. Ebenso hände es mit den Geldern der Versicherungsträger und den Arbeitgeberzuschüssen. Auch Auslandsanleihen wären nicht in erforderlicher Höhe zur Verfügung. Dazu komme die allgemeine schlechte finanzielle Lage des Reiches, der Länder und Gemeinden. Es könne sein, daß, wenn nun der Youngplan unter Dach ist und die Kassenlage des Reiches dadurch eine Besserung erfährt, sich dies auf die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands günstig auswirke und dann auch der Wohnungsbau wieder neuen Antriebe erhalte. Für die osernächste Zeit wäre aber eine Besserung kaum zu erwarten. Die Einreihung der baugewerblichen Arbeiter in die Krisenfürsorge könne nur erfolgen, wenn hierfür die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mit der für den laufenden Etat vorgesehenen Beträge sei eine Ausdehnung des Kreises der Krisenunterstützungsempfänger nicht möglich, da schon für diesen Kreis immer wieder Nachforderungen erhoben werden müßten. Mit der Einbeziehung der baugewerblichen Arbeiter würden, auch wenn nur die von den Verbänden genannten Zahlen als Grundlage genommen werden, weitere Hunderttausende Arbeitslose für die sofortige Inanspruchnahme der Krisenunterstützung in Frage kommen. Der Reichsarbeitsminister könne aber nur im Rahmen seines Etats eine Erweiterung der Krisenunterstützung vornehmen. Nachdem aber dieser Rahmen überschritten sei und zu den heute vorhandenen 237 700 Krisenunterstützungsempfängern schon ohne die Hereinnahme weiterer Berufsgruppen immer wieder neue Krisenunterstützungsempfänger kämen, könne er, trotz seines großen Verständnisses für die Notlage der ausgebeuteten baugewerblichen Arbeiter, deren Einbeziehung in die Krisenfürsorge nicht veranlassen. In der weiteren Aussprache, an der sich noch die Genossen Aufhäuser und Dr. Bröcker beteiligten und hervorhoben, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um den Anträgen der baugewerblichen Verbände gerecht zu werden, wurde zum Ausdruck gebracht, daß es Aufgabe des Reichstages sein müsse, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es wurde allgemein anerkannt, daß die Arbeitslosigkeit in den Bauberufen von der allgemeinen Wirtschaftslage stark beeinflusst wird, aber selbst wenn man dies nicht anerkennen wolle, dürfen die Ausgesetzten nicht ihrem Schicksal überlassen werden. Es sei nicht mehr wie recht und billig, diese auch hinsichtlich der Krisenunterstützung mit den übrigen Arbeitslosen gleichzustellen. Auch die jugendlichen Arbeitslosen müßten wieder in die Krisenfürsorge mit einbezogen werden. Wenn dem Herrn Reichsarbeitsminister die erforderlichen Mittel hierfür nicht zur Verfügung ständen, dann müßten sie eben durch den Reichstag beschafft werden.

Und nun hat der Reichstag das Wort!

Der Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamts für 1928.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, berichtet in jedem Jahre ausführlich über die Entwicklung der internationalen Arbeitsorganisation. Seit 1926 erscheint dieser Bericht außer in den Amtssprachen Englisch und Französisch auch in Deutsch. Auf jeder internationalen Arbeitskonferenz wird über den Bericht beraten. Bei diesen Gelegenheiten werden Wünsche und Anregungen vorgebracht. Der Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts findet von Jahr zu Jahr einen immer stärker werdenden Widerhall in der Weltpresse.

Der Inhalt des Jahresberichts für 1928 kann in einem einzelnen Aufsatze nicht erfassen in allen Punkten wiedergegeben werden. Dazu ist er zu umfangreich. Die Verhältnisse liegen in den einzelnen Staaten auch zu verschieden. Sie müßten in ihren Grundzügen erst näher erklärt werden, wenn sie recht verstanden und so gewürdigt werden sollen, wie sie es verdienen.

Der Bericht umfaßt zwei Hauptteile: Im ersten Teil wird die Wirksamkeit der internationalen Arbeitsorganisation und ihrer Organe und Einrichtungen und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit, wie die Ratifikation der internationalen Arbeitsübereinkommen usw., geschildert. Der zweite Teil enthält einen Überblick über die Verhältnisse der Regierungen in den ratifizierten Übereinkommen.

Die internationalen Arbeitsorganisation gehören jetzt 23 Staaten als Mitglieder an. Ein Staat ist nicht Mitglied des Übereinkommens. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland, Mexiko, Ägypten und die

Berufsunfälle und Malerfrauen.

Die in letzter Zeit sich häufenden Berufsunfälle im Malergewerbe lassen auch die Malerfrauen aufhorchen. Denn sie sind ja schon dagegen gefeit, daß auch eines Tages ihr Mann oder Sohn mit zerschmetterten Gliedern in ihr Haus getragen wird. Ein entsetzlicher Gedanke! Wie sich dagegen wehren? Das Schicksal kann man nicht aufhalten, aber den Mann immer wieder zur Vorsicht mahnen beim Betreten von Gerüsten oder beim Streichen von Dachlaken und dergleichen. Und mit dem Unglück schreitet auch die Not einher. Darum sollte es auch den Malerfrauen nicht gleichgültig sein, wie es mit dem Verbandsbuch des Mannes oder Sohnes steht. Denn wenn der Tod seinen Einzug hält, ist es doch der Verband, der der Frau zur Seite steht in geldlicher Hinsicht. Und wenn der Mann Invalide bleibt, ist es auch der Verband, der die karge Invalidenrente durch einen Beitrag erhöht. Wie sollten wir Malerfrauen da nicht den Verbandsbeitrag als unumstößliche Ausgabe mit an erste Stelle setzen! Und wie oft kommt es vor, daß der Frau der Beitrag zuviel war, der Mann sich abmeldet und ein halbes Jahr später auf dem Totenbette liegt und nun die Frau hilflos und mittellos da steht?

Darum Malerfrauen, schützt euch gegen Unglück und Not durch regelmäßige Zahlung des Verbandsbeitrages für eure Männer im Verband der Maler und Lackierer.
Eine Kollegenfrau.

Türkei gehören der internationalen Arbeitsorganisation noch nicht an. Trotzdem hat das Internationale Arbeitsamt auch mit diesen Staaten rege Beziehungen unterhalten und wissenschaftliches Material damit ausgetauscht. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts hat im letzten Jahre eine Reise nach Japan und China gemacht, um für den Gedanken der internationalen Arbeitsorganisation zu werben. Er hat bei dieser Gelegenheit in Rußland reichhaltiges Material über die Verhältnisse in der Sowjetunion sammeln können.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ist im vorigen Jahre neu gewählt worden. Es sind keine nennenswerten Veränderungen in seiner Zusammensetzung entstanden. Lediglich Schweden ist an die Stelle Norwegens getreten. Es ist eine neue Stelle, die eines Divisionschefs, eingerichtet worden, die mit einem Deutschen, dem Ministerialdirektor Dr. Ritter, besetzt wurde. Dadurch ist jetzt auch Deutschland in der Leitung des Internationalen Arbeitsamts vertreten, wenn auch nicht in solchem Umfange, wie England und Frankreich. Diese Staaten stellen auch den Direktor und den stellvertretenden Direktor des Arbeitsamts. Daß aber der Einfluß Deutschlands im Wachsen begriffen ist, geht auch daraus hervor, daß immer zahlreichere Veröffentlichungen des Arbeitsamts in deutscher Sprache erscheinen.

Der letzte Haushalt des Internationalen Arbeitsamts belief sich auf rund 8 1/2 Millionen Franken, die die Mitgliedsstaaten aufbrachten. Der jährliche Etat wird durch den Völkerverbund festgesetzt, mit dem in jeder Hinsicht eng zusammengearbeitet wird, namentlich aber in wirtschaftlichen Fragen.

In der internationalen Arbeitsorganisation sind neben den Regierungen die großen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten. Der Bericht schildert die Entwicklung dieser Verbände und ihre Beziehungen zum Arbeitsamt. Es wird sodann die wirtschaftliche Entwicklung während des Jahres 1928 eingehend untersucht. Ihr Hauptmerkmal war die weiser zunehmende Vereinheitlichung der industriellen Arbeit durch Zusammenschluß der Unternehmungen und die Verbesserung der Wirtschaftsorganisation und Arbeitsvorgänge. Die sogenannte Rationalisierung beherrscht überall das Denken und Wollen und beeinflusst immer nachhaltiger Menschen und Dinge. Die Rationalisierung erneuert, verjüngt und belebt, wie der Bericht hervorhebt. Sie stelle aber in sozialer Hinsicht vor neue Fragen, auf die über kurz oder lang eine Antwort nötig werde.

Nach dem Bericht sind seit dem Jahre 1919 von den durch die Arbeitskonferenzen verabschiedeten 26 Arbeitsübereinkommen von 35 Staaten 342 Ratifikationen beim Generalsekretär des Völkerverbundes eingetragen worden, darunter hatte Deutschland 13 vollzogen. Der Bericht macht aber darauf aufmerksam, daß den Ratifikationszahlen an sich keine zu große Bedeutung beigelegt werden dürfe, da ihre sozialpolitische Wirkung von mancherlei Umständen abhängt: der Art des Übereinkommens, der Größe des Staates und vor allem davon, ob die Vereinbarungen auch tatsächlich durchgeführt würden. Die Durchführung der Abkommen durch die verschiedenen Staaten wird aber immer zuverlässiger durch das Internationale Arbeitsamt überwacht. Ein besonderer Sachverständigenausschuß prüft die Berichte, die die Regierungen hierüber vorlegen. Die Zahl der zu beanstandenden Berichte nahm im letzten Jahre ab. Der Ausschuß prüfte 223 Berichte, gegen 175 im Jahre 1927. 36 Staaten haben den zuständigen Stellen noch keines der beschlossenen Übereinkommen zur Entscheidung darüber vorgelegt, ob sie ratifiziert werden sollen oder nicht. Die meisten dieser Staaten sind allerdings industriell vollständig bedeutungslos.

Im Vordergrund des Interesses steht überall das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts beschließt sich in seinem Bericht sehr ausführlich mit der Entwicklung der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern. Im verflochtenen Jahre wurden drei neue Ratifikationen erzielt. Thomas beurteilt die Lage hoffnungsvoll: „Die Idee des Achtstundentages bleibt überall lebendig.“ Von großem Vorteil wird es für die weitere Entwicklung sein, daß jetzt die englische Arbeiterregierung erklärt hat, sie wolle so gleich die nötigen Schritte zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens einleiten. Die alte konservative Regierung Englands hatte ja bekanntlich verschiedene Einwendungen gegen die Ratifizierung erhoben.

Der Jahresbericht verbreitet sich sodann über die Fragen des Arbeitsschutzes, der Gewerbehygiene, der Unfallverhütung und besonders der Sozialversicherung, die dazu

drängt, international geregelt zu werden. Der Bericht stellt mit Befriedigung fest, daß der Gedanke der Sozialversicherung in der ganzen Welt an Boden gewinnt. Es erschienen jährlich 300 bis 400 neue Gesetzestexte, was auf die zu überwindenden Schwierigkeiten, aber auch auf den guten Willen, vorwärts zu kommen, hindeutet. Zum Schluß werden die Fragen der Lohngestaltung und der Arbeitslosigkeit untersucht. Ps.

Außenhandel, Messewesen und Löhne.

Der Lohn ist nicht allein das Ergebnis des Kräftespiels von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, sondern das Resultat vielfacher Gegebenheiten. Von den zahlreichen Faktoren, die auf die Lohngestaltung einwirken, gehört wohl der Außenhandel mit zu den wichtigsten. Auch der Einfluß des Messewesens auf die Lohnprägung ist kein geringer.

Welcher Art sind nun die Beziehungen des Außenhandels und des Messewesens zum Lohn?

Wenn auch der Binnenmarkt das Fundament für den Handel und Wandel einer Wirtschaft abgibt, so ist sie trotzdem mehr oder minder auch auf den Außenhandel, auf Export angewiesen. Ohne Zweifel, je umfassender der Außenhandel einer nationalen Wirtschaft ist, um so günstiger ist ihre innere Gesamtlage. Und da von dem guten Gang der Wirtschaft auch das Lohnniveau nicht unbeeinflusst bleibt, so muß der Außenhandel, der die Wirtschaft belebt, letzten Endes auch auf die Gestaltung des Lohnes günstige Wirkungen zeitigen.

Befragen wir einmal die Praxis. Wenn wir die letzten Jahre des deutschen Außenhandels, die Jahre seit 1925, überblicken, so können wir feststellen, daß der deutsche Außenhandel nicht unbeträchtlich gewachsen ist. Und parallel mit der Steigerung unseres Außenhandels ging auch eine Steigerung der Löhne einher.

Die durchschnittliche Monatsausfuhr betrug

Jahr	775 Millionen Mark	9 300 Millionen Mark
1925	775	9 300
1926	868	10 418
1927	900	10 800
1928	1025	12 300
1929	1057	12 268

In den letzten vier Jahren ist demnach der deutsche Außenhandel von 9300 Millionen Mark auf 12 268 Millionen Mark oder um rund 3400 Millionen Mark gestiegen.

Und die Lohnsteigerung, die parallel mit der Ausfuhrsteigerung läuft, zeigt folgendes Bild:

Der durchschnittliche Wochenlohn gelernter Arbeiter ist von 42,26 M im Jahre 1925 auf 53,60 M im Jahre 1929 (Mai) gestiegen. Und der durchschnittliche Wochenlohn der Ungelernten ist von 31,28 M im Jahre 1925 auf 41,48 M im Jahre 1929 (Mai) gestiegen. Der Geldbetrag der Löhne ist demnach bei den Gelehrten um rund ein Viertel und bei den Ungelernten um rund ein Drittel gestiegen. Aber nicht nur der Geldbetrag, sondern auch der Kaufwert der Löhne hat sich erhöht, und zwar beträgt das Plus der Lohnsteigerung gegenüber der Steigerung der Lebenshaltungskosten im Jahre 1928 im Durchschnitt bei den Gelehrten 5,4 % und bei den Ungelernten 5,9 %.

Wenn auch nicht statistisch nachgewiesen werden kann, wie groß der verhältnismäßige Anteil des Außenhandels an der Steigerung der deutschen Lohnhöhe ist, so muß die in den letzten Jahren eingetretene Lohnsteigerung unbedingt im Zusammenhang mit der Steigerung unseres Exports gesehen werden. Ohne Ausfuhrsteigerung wäre die zu verzeichnende Lohnsteigerung sicherlich nicht in der Höhe eingetreten. Wir können feststellen: Das Lohnniveau wird auch mit vom Export bestimmt.

Welche Ursachen führten nun zur Steigerung des deutschen Exports? Der Ursachen sind manche. Unter anderem übte das deutsche Messewesen, das seine Verkörperung findet in der Leipziger Messe, auf die Steigerung der Ausfuhr einen starken Einfluß aus, und damit begünstigte sie auch indirekt die Steigerung der Löhne.

Die Leipziger Messe, als die deutsche Hauptmesse, ist ein internationaler Warenvermittler größten Stiles. Durch ihre gute Exportwerbung verstand die Leipziger Messe, die Zahl der Auslandsbesucher von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Und mit dem Anwachsen der Auslandsbesucher, der Interessenten für deutsche Warenerzeugnisse, stieg auch der Wert der jährlich exportierten Fertigwaren. Auf der Frühjahrsmesse 1920 betrug die Zahl der Auslandsbesucher rund 16 000 und der Wert der im Jahre 1925 exportierten Fertigwaren 3130 Millionen Mark. 1928 war die Zahl der Auslandsbesucher auf 29 590 und der Wert der exportierten Fertigwaren auf 6730 Millionen Mark gestiegen.

Nach der Frühjahrsmesse 1928 wurde zum ersten Male der Versuch gemacht, die Höhe der auf der Leipziger Messe gefügten Umsätze schätzungsweise zu ermitteln. Sie wurden auf einen Betrag von 1 Milliarde als unterste Grenze festgesetzt. Aus den Berichten der Aussteller ging weiter hervor, daß etwa die Hälfte der auf der Messe gefügten Geschäfte nach dem Ausland abgeschlossen wurden. Mit hin beträgt der Wert des durch die Frühjahrsmesse 1928 angeregten Exports mindestens 500 Millionen Mark.

Da der Gesamtumfang, der durch die Messe und im Gefolge der Messe im Jahre 1928 entstand, auf 2 bis 2 1/2 Milliarden geschätzt wird, und da die Hälfte der Geschäfte als Exportgeschäfte anzusehen sind, so kam 1928 rund ein Fünftel des gesamten deutschen Fertigwareneports auf der Leipziger Messe zustande.

Und Untersuchungen des Reichsstatistischen Amtes im Sommer 1928 ergaben, daß rund 2,07 Millionen, das heißt 13 % der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft in Betrieben der Leipziger Messeaussteller arbeitete.

Nach diesen Ausführungen dürfte ohne weiteres zu erkennen sein, daß auch ein Zusammenhang des Messewesens mit dem Lohnniveau gegeben ist.

In Anbetracht der engen Verflechtung des Außenhandels und des Messewesens mit dem Lohngebilde und in Anbetracht des schöpferischen Einflusses dieser beiden Faktoren auf die Lohnsteigerung ist es ein Gebot volkswirtschaftlicher Weisheit, dem Außenhandel, und vor allem dem Leipziger Messewesen, das ja der eklatanteste Exportvermittler ist, eine sorgsame Pflege und Förderung angedeihen zu lassen.

Frauenkursus 1930.

im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg vom 1. März bis 30. Juni.

Am 1. März 1930 beginnt im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg bei Frankenberg in Sachsen wieder ein Frauenkursus, der besonders auch gewerkschaftlich interessierten Frauen und Mädchen Gelegenheit gibt, in vier Monaten freier Zeit sich die Probleme der Wirtschaft und Politik unserer Zeit in ungehörtem Zusammenhang klar zu machen. Insbesondere handelt es sich dabei um die Beteiligung gerade auch aktueller wirtschaftlicher und politischer Fragen vom Standpunkt des freigewerkschaftlichen Arbeiters aus, ergänzt durch ihre geschichtliche Vorbedingung und die Prüfung anderer sachlich möglicher Beurteilungen. Wie wichtig eine solche Schulung ist, braucht man gewerkschaftlich denkenden Arbeitern und Anstellten nicht besonders auseinanderzusetzen. Es ist besonders wertvoll, daß auch Arbeitslose die Kurse besuchen und ihre Unterstützung weiterbezahlen können, wenn sie als geeignet zum Kursusbetrieb zugelassen werden. Dazu bedarf es keiner andern Vorbildung als der einfachen Volksschule und eines energischen, deutlich erkennbaren Willens zum Lernen aus der Einsicht in die schwere Verantwortung unserer Zeit heraus. Neben den rein wirtschaftlichen und politischen Fragen werden dann auch noch die sozialen Fragen behandelt, die den Menschen im allgemeinen und die Frauen im besonderen betreffen. Eine wertvollere Hilfe kann ihnen nicht zuteil werden. Erst spätere Geschichtsbücher im besonderen angehen. Die Weltanschauung, die in Europa fast 2000 Jahre gegolten hat, ist heute zum mindesten überwunden. Unsere Eheverhältnisse stammen aus einer Zeit, in der die Frau vom öffentlichen Berufsleben ferngehalten wurde im Haushalt war. Unsere Erziehung ging von Vorstellungen aus, die heute längst überholt sind. Die gewaltigen Veränderungen unserer ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Generation von 1880 bis 1920 haben fast nichts von dem Bestande an ethischen Werten und Ueberzeugungen des 19. Jahrhunderts unberührt gelassen und drängen auf allen Gebieten zu Umänderungen und neuen, mindestens für uns heute nachweisbaren Ordnungen und Lösungen. Darum werden diese Dinge heute erörtert und, soweit möglich, geklärt, um sie für jeden denkenden Menschen unseres Volkes nützlich zu machen, um die Aufgaben zu bewältigen, die ihm sein eigenes Leben stellt.

Die Schule bietet für vier Monate Unterkunft mit Licht, Heizung und Verpflegung, dazu den gesamten Unterricht und die Benutzung der Bücherei mit zirka 2000 Bänden für 40 Tagesverdienste. Das heißt, das Schulgeld ist für den, der mehr verdient, höher als für den, der weniger verdient, und für 10 Tage Arbeit lebt man einen Monat auf der Schule. Als Mindestsatz werden wenigstens 120 M. erfordert. In besonderen Fällen können auch Ermäßigungen bewährt oder bei öffentlichen Stellen einmalige Beihilfen beantragt werden. Bei Arbeitslosen tritt an die Stelle des Schulgeldes die Arbeitslosenunterstützung.

Prospekte und jede andere gewünschte Auskunft durch das Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg, Post Frankenberg in Sachsen.

Aus unserm Beruf

Berlin. In der gut besuchten Delegiertenversammlung der Malerinnenschaft am 1. März 1930 wurde der Geschäftsbericht für das vergangene Jahr vorgetragen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist ein hoher. Die Arbeitslosenziffer auf dem Nachweis unter 100 gesunken. Der Höchststand in früheren Jahren in den vier Monaten betrug 300 bis 400, so daß eine Zunahme von über 1000 selbst in der besten Zeit vorhanden war. Die Reise nach Berlin war erheblich. Ueber 2000 Kollegen aus allen Gebieten Deutschlands glaubten in Berlin lohnende Beschäftigung zu finden, aber wochenlange Arbeitslosigkeit waren größtenteils die Folgen. Von den Zustimmungen wurde der Facharbeitsnachweis leider wenig in Anspruch genommen. Das Abblauen der Betriebe nach dem Winter war die Regel. Größere Bauaufträge waren nicht vorhanden. Bei der heutigen Gefahrzeit sind die auszuübenden Stedlungsbauten im Nu fertig; einwandfreie Arbeit kann zu den heutigen Submissionspreisen nicht ausgeführt werden. Die Einführung der billigen Akkordarbeit mehr und mehr Eingang gefunden. Duzende von Malern schlimmster Schmutzkonkurrenz wurden vom Markt verdrängt.

Schon im September wurde gemeinsam mit den Arbeitgebern eine Eingabe zwecks Arbeitsbeschaffung an die Staatsämter und die Stadt Berlin gemacht. Diese hatte Erfolg, daß in einem Rundschreiben des Magistrats an die Bezirke von dieser Arbeitsbereitsstellung für das Malerhandwerk gefordert wurde. Zur Auswirkung ist diese Anordnung aber nicht gekommen, weil Reichsbankpräsident die Aufnahme einer für die Stadt günstigen, in Aussicht gestellten Anleihe nicht genehmigte. In einer Besprechung, die die Baugewerkschaften an den Oberpräsidenten richteten, wurde mitgeteilt, daß zur Zeit von Bauarbeitern 20 Maler, 4692 Maurer, 3500 Zimmerer, 5819 Bauhilfsarbeiter und 1043 Dachdecker arbeitslos auf dem Nachweis eingetragen seien. Auch die bereits genehmigten Bau- und Renovierungsvorhaben für das erste Quartal 1930 wurden um 25 %, also um 20 Millionen, gekürzt, die einen Lohnausfall für die Arbeiterschaft von mindestens 6 Millionen bedingt. Diese Ersparnismaßnahmen gehen zu Lasten der Arbeiterschaft und bringen auch eine Verteuerung der bereits begonnenen Bauten mit sich.

Nabezu trostlos steht es auch in der Karosseriebranche. Die amerikanische Autoindustrie, die in Berlin sich befindet, liegt vollständig nieder. Die Gesamtbetriebe sind fast ausschließlich eingestellt; auf Lager wird nicht gearbeitet. Aufträge sind nicht vorhanden. Die frühere Beschäftigungsziffer bei der amerikanischen Autoindustrie bewegte sich um 6000; gegenwärtig, und in den Gesamtbetrieben noch weniger, sind nur noch 1000 Beschäftigte. Im Berliner Karosserie-

* Der nächste Männerkursus findet vom 1. August bis 15. Dezember 1930 statt.

Umlicht, Vorlicht, Rücklicht!

Auch Kleinigkeiten nicht vernachlässigen! Hundertmal geht's gut, und auf einmal ist doch ein kleiner Unfall geschehen, der durchaus nicht immer in seinen Folgen harmlos ist. Rückwunden heißen zum Beispiel besonders schlecht, sie neigen zu Entzündungen, Eiterungen und womöglich Blutvergiftungen!



Beateil-Nr. — 166 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsge nossenschaf ten

Die Statistik des Reichsversicherungsamts meldet in einem Jahr 85 755 Unfälle durch Verletzungen an spitzen und scharfkantigen Gegenständen. Davon sind über 2000 Unfälle so schwer gewesen, daß sie Erwerbsunfähigkeit im Gefolge hatten, und annähernd 100 Unfälle haben sogar tödlich geendet. Diese Zahlen sagen besser als jede weit-schweifige Belehrung, was für üble Folgen durch solche scheinbar nebensächlichen Verletzungen herbeigeführt werden können.

gewerbe, das früher führend in der Lohn- und Tarifgestaltung war, war die Beschäftigungsziffer früher zirka 3000. Gegenwärtig sind es noch zirka 300.

Die Innungsbetriebe klumpen sich mit Lehrlingen durch. Früher wurden in Innungsbetrieben zirka 150 Ge-hilfen beschäftigt, gegenwärtig 25. Alles andere sind Lehrlinge und Hilfsarbeiter.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Metallindustrie ist größer, als es in der schlechtesten Zeit nach der Inflation war. Stilllegungsanträge und Einführung der Kurzarbeit sind hier an der Tagesordnung. Alles hofft, daß nach Regelung des Youngplans sich die Verhältnisse bessern werden und müssen.

In der Holzindustrie sind von zirka 30 000 Beschäftigten 15 000 arbeitslos; über ein Drittel macht Kurzarbeit. Außerdem laufen auch hier eine Anzahl Stilllegungsanträge namhafter Firmen.

Wachtel zu werden verdient weiter, daß in Groß-Berlin nur zirka 500 Kollegen in die Sonderfürsorge gekommen sind. Diese rekrutieren sich größtenteils aus Unorganisierten, weil für die Organisierten durch Vermittlung der Organisation die Rechte bei der Reichsanstalt vertreten wurden.

In dieser Situation gilt es, das Errungene festzuhalten, den Tarifgedanken auszubauen und die gesamten Kollegen trotz der wirtschaftlichen Misere zur Einhaltung der Tarifverträge zu erziehen. Wenn die Arbeitgeber auf Grund der schlechten Konjunktur Tarifumgehungen versuchen, muß schärfster Widerstand entgegengesetzt werden. Die Notwendigkeit der Organisation tritt gerade in Zeiten schlechter Konjunktur klar zutage.

Leider hat die in den Bezirken vorgenommene Agitation nicht den Erfolg geläufigt, den sie eigentlich hätte zeitigen müssen. Verstärkte Agitationsarbeit muß einsehen, um all den Widerständen begegnen zu können, die uns im Frühjahr bevorstehen. Neuwahl gut arbeitender Agitationskommissionen, Mitarbeit familiärer Funktionäre garantieren den Erfolg zur Stärkung der Organisation.

In der sich anschließenden sachlichen Diskussion wurden einzelne Gebiete behandelt. Die Kollegen waren mit den vorgezeichneten Aufgabenfeldern einverstanden und ver-sprachen regste Mitarbeit.

Nachstehende Entschliebung gelangte zur Annahme: Die durch die schlechte Wirtschaftslage hervorgerufene Preisunterbietungen haben eine ganz ungebeuerliche Ausnutzung der Arbeitskraft in der Mehrzahl der Betriebe ausgelöst. Die vielfache Durchführung von Akkordarbeit führt zwangsläufig zur nicht an-schlag-gemäßen Ausnutzung der Arbeiter und Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Die Zustände, die sich daraus entwickelt haben, müssen zum völligen Untergang derjenigen Firmen führen, die gute handwerkliche Arbeit zu angemessenem Preis als ihr Geschäftsprinzip betrachten.

Während auf den Tagungen des Handwerks ständig über die Notlage desselben gesprochen wird, ist festzustellen, daß in der praktischen Durchführung der Maßnahmen, die zur Hebung des Gewerbes dienen sollen, die Arbeitgeber des Malergewerbes in Groß-Berlin gegenüber vielen andern Orten vollkommen versagen.

In einer Reihe deutscher Städte wird nach Maßgabe der gemeinsamen Richtlinien vom 9. und 10. November 1926 von beiden Vertragspartnern gemeinsame Arbeit geleistet, die nicht erfolglos geblieben ist. Die geschaffenen Richt-

linien besagen, daß die Bekämpfung der Preisunter-bietung und Förderung einer Preisgestaltung, die Arbeit-gebern und Gehilfen ein entsprechendes Einkommen sichert, durchzuführen ist. — Die Gehilfenschaft hat es seit jeher als ihre Aufgabe angesehen, an der Förderung des Ge-werbes mitzuarbeiten. Sie bedauert außerordentlich, daß die Arbeitgeberseite diese Bestrebungen nicht genügend unterstützt.

Um den gewerblichen Schäden Einhalt zu tun, fordert die Versammlung von ihrer Vertretung, daß unverzügliche Maßnahmen ergriffen werden, die eine Durchführung des § 11 (Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz) des Reichs-tarifvertrages ermöglichen. Insbesondere ist zu fordern, daß auf paritätischer Grundlage Normalpreisverzeichnisse örtlich vereinbart werden, und an Hand dieser bei Abgabe von Preisen die Schmutzkonkurrenten festgestellt und die ent-sprechenden Maßnahmen ohne Unterschied der Person er-griffen werden.

Gera. In der kürzlich stattgefundenen gut besuchten Hauptversammlung unserer Filiale entnehmen wir dem Geschäftsbericht des Kollegen Kirsch, daß im Jahre 1929 außerordentlich gute Gewerkschaftsarbeit geleistet worden ist. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Agitation gerichtet. Wir hatten den erfreulichen Erfolg, daß die Mitgliederzahl von 124 zu Beginn des Jahres auf 225 am Schlusse des Jahres gesteigert werden konnte; das ist eine Zunahme von rund 100 %. Aus dieser Steigerung geht hervor, daß die Kollegen erkannt haben, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, die Interessen der Kollegen wirksam zu vertreten.

Die inneren Verwaltungsarbeiten erforderten den Aufwand aller Kräfte und wurden reibungslos zu aller Zufriedenheit erledigt. Zur Erlangung rückständigen Lohnes mußten in vier Fällen Klagen beim Arbeitsgericht durchgefochten werden, die alle von Erfolg waren. Nur in einem Falle konnte der geschädigte Kollege noch nicht zu seinem Gelde kommen, da von dem Geschäftsinhaber Funk auch rein gar nichts zu holen ist; alle Pfändungs-versuche sind fruchtlos verlaufen. Ein derartiger Mann, der skrupellos seine Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn betrügt, verdient keinerlei Schonung. Differenzen in Beziehungsangelegenheiten konnten auf gütlichem Wege erledigt werden. Ebenso sind Arbeitszeitübertretungen, wie 1928, nicht so häufig zu verzeichnen gewesen. Auch hier ist wieder der Beweis erbracht, daß nur eine straffe Organisation in jeder Beziehung geordnete Verhältnisse schaffen hilft.

Die Jugendabteilung war bisher das Schmerzenskind der Filiale gewesen; jedoch in diesem Jahre trat eine Wendung zum Besseren ein. Wir können rund 58 % der Beschäftigten in unsern Reihen mustern. Diese Prozent-ziffer zu erreichen war nur dadurch möglich, daß erstens die Bedenken gegen einen Beitritt zum Verband zerstreut werden mußten, andererseits von der Ortsverwaltung Schritte zur beruflichen Weiterbildung der Jugendlichen unternommen worden sind. So wurden verschiedene Fach-kurse und solche belehrender Art abgehalten, die durchweg eine gute Beteiligungsziffer aufwiesen und den Jugend-lichen gewissermaßen Neuland waren, denn bei der heutigen Arbeitsweise: Tempo, Tempo! sieht es in manchem Geschäft in bezug auf „Lehrlingsausbildung“ wahrhaftig bedenklich aus. Gar mancher Lehrling ist zu bedauern, wenn er hierbei nicht gerade günstig abschneidet. Hier helfend einzugreifen ist die vornehmste Pflicht der Organi-sation. Unbegreiflich ist es, daß immer noch eine Anzahl Lehrherren, entgegen den verfassungsmäßigen Bestim-mungen, ihren Lehrlingen durch besondere Bestimmungen im Lehrvertrag den Beitritt zu ihrer Berufsorganisation direkt verbieten, ja sie behaupten sogar, die Jungen werden dort gegen ihre Meister aufgehehrt. Wir behaupten das Gegenteil und können jederzeit beweisen, daß es immer noch eine Anzahl Meister gibt, die es mit ihren Pflichten als Lehrherr nicht allzu genau nehmen, so daß in manchen Fällen der junge Kollege nach beendeter Lehr-zeit vor einem Nichts steht. Dann allerdings ist zu be-greifen, wenn die Lehrzeit von dreieinviertel Jahren nicht ausreicht und die hiesige Malerinnung beschlossen hat, die Lehrzeit auf vier Jahre zu verlängern. Begründet wurde dies damit, daß die Lehrlinge durch den Besuch der Be-rufsschule einen beträchtlichen Verlust an der Lehrzeit hätten; dies sollte der Zweck sein, die Lehrzeit zu ver-längern. In Wirklichkeit geschah es nur deshalb, um die billige Arbeitskraft des Lehrlings solange wie nur irgend möglich auszunutzen, denn es ist nicht möglich, in den neun Monaten längerer Lehrzeit dem Lehrling das noch Fehlende beizubringen. Hierüber werden wir bei Ge-legenheit noch mehr berichten können. Darauf hinweisen wollen wir aber noch, daß der Gesellenauspruch seine Zu-stimmung zu der Verlängerung der Lehrzeit nicht gegeben hat, und es steht zu erwarten, daß die Aufsichtsbehörde die Ersatz Zustimmung ebenfalls versagt. Für die zu Ostern neu eintretenden Lehrlinge wäre es ratsam, wenn sich deren Eltern beziehungsweise Vormünder vor Abschluß des Lehrvertrages mit der Gehilfenorganisation in Verbindung setzen, um so vor Unannehmlichkeiten bewahrt zu sein.

Sind nun die Aussichten auf eine gute Beschäftigungs-möglichkeit für das laufende Jahr geradezu trostlos zu nennen, muß, da ja Ende April beziehungsweise Mai der Reichstatarif und das Lohnabkommen ablaufen, alles auf-geboten werden, den letzten Rest der uns noch fernstehenden Kollegen in unsere Reihen zu bringen, denn die Unter-nehmer werden selbstverständlich die schlechte Geschäfts-lage ausnützen und versuchen, etwaige Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Deshalb, Kollegen, alles aufgebieten, um einen etwa ge-planten Schlag erfolgreich abzuwehren! Es ist unbedingt erforderlich, daß auch der letzte Kollege in unsere Reihen gebracht werden muß. Und nun frisch ans Werk, dann können wir auf guten Erfolg rechnen!

Gewerkschaftliches

Das wertvollste Werkzeug für den kapitalistischen Staat. Wenn die kommunistische Bewegung in der heutigen Form nicht bestände, würde sie bestimmt von den Unternehmern, sofern das in ihrer Macht stände, ge-

Schreiber werden vielleicht eindringlich darzustellen vermögen, inwieweit der soziale Aufstieg in unserer Epoche von den bezahlten und unbezahlten Agenten Moskaus gehemmt worden ist. Was die Kommunisten für die Unternehmer im besonderen und die bürgerliche Welt insgesamt bedeuten, hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Nummer 56 freimütig folgendermaßen anerkannt:

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird; sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.“

Dem ist eigentlich wenig hinzuzusetzen. Es wird hier den linksgerichteten Wortradikalen bescheinigt, zu wessen Nutzen sie ihre Tätigkeit ausüben. Hoffentlich sehen die Arbeitermassen bald ein, daß sie auf dem falschen Wege sind, wenn sie jenen Elementen, die teilweise niemand kennt und die niemandem gegenüber eine Verantwortung tragen, Gefolgschaft leisten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbhinterbliebenen hatte zum 26. Januar 1930, die ihm angehörenden Beisitzer des Reichsverwaltungsgerichts und des Bayerischen Landesverwaltungsgerichts zu einer Aussprache nach Berlin eingeladen. Von dem am Reichsverwaltungsgericht insgesamt tätigen 130 Kriegsoffer-Laienmitgliedern nahmen über 50, sämtlich dem Reichsbund angehörende Beisitzer aus allen Teilen des Reiches an der Tagung teil. Dadurch erlangte die Konferenz eine weit über die Kriegsoffererschaft hinausgehende Bedeutung.

Die Probleme der richterlichen Gewalt, der verfassungsrechtlichen Medizin und des Einflusses der Ministerialbürokratie auf Rechtsprechung, Rechtsauslegung und auf die Spruchpraxis fanden auf der Konferenz ebenfalls lebhafteste Erörterung. In der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Teilnehmer aus allen Gegenden des Reiches. Das Ergebnis der Aussprache sowie die im grundlegenden Referat des zweiten Bundesvorsitzenden Johannes Noa, behandelten Forderungen fanden ihren Niederschlag in einer längeren Entschließung, die gewissermaßen die programmatische Richtlinie für die künftige Tätigkeit des Bundesvorstandes auf diesem Spezialgebiet darstellt.

Genossenschaftliches

Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiterschaft, zählte Ende des Jahres 1929 einen Bestand von rund 1 925 000 Volks- und Lebensversicherungen mit etwa 786 Millionen Mark Versicherungssumme. Der Zahl der Versicherten nach steht sie an der Spitze sämtlicher deutschen Lebensversicherungsunternehmen; hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme dürfte sie voraussichtlich an dritter Stelle stehen.

Förderung des Kleinwohnungsbaues.

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium haben ADGB, AFU und AFB Vorschläge gemacht, um die bedrohliche Lage des Baumarcktes zu heben. So wurde unter anderem verlangt, die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten durch Hergabe erstklassiger Hypotheken zur stärkeren Finanzierung des Wohnungsbaues zu verpflichten. Allein die deutsche Lebensversicherung verfügt zur Zeit über Anlagewerte von rund 1 1/2 Milliarden Mark. Da interessiert es, zu erfahren, daß die Volksfürsorge insgesamt seit Beendigung der Inflation etwa 35 Millionen Mark für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaue hergab, ungeachtet der für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellten beträchtlichen Mittel, und zwar zu Bedingungen, die für die Darlehensnehmer weit günstiger sind, als wenn sie sich die Kapitalien auf dem freien Geldmarkt beschaffen hätten. Ueber die Prämieinnahme des Jahres 1929 ist bereits in gleichem Sinne verfügt worden. Mit der freigezeichneten Summe hat sich ein enges Zusammenarbeiten herausgebildet.

Tausende von Arbeitnehmern sind durch die Volksfürsorge zu menschenwürdigen Wohnungen gekommen, und viele Arbeiter hatten dadurch Beschäftigung.

Sozialpolitisches

Ist ein baldiger Konjunkturaufschwung zu erwarten?

Die internationale Wirtschaftslage ist zur Zeit durch eine überall wahrnehmbare Geldverknappung gekennzeichnet. Allen voran steht Frankreich, wo eine wahre Geldflut zu verzeichnen ist. Der französische Diskontsatz ist der niedrigste von allen Industriestaaten. Die internationale Geldflut wird alsbald einen stärkeren Kapitalzufluß für Deutschland bringen. Die hohen Zinssätze hierzulande dürften dabei als Anziehungspunkt wirksam werden. Der Ausgang der Haager Konferenz hat das Vertrauen zu Deutschland wesentlich gestärkt. Die Ratifizierung des Hoangplanes wird dieses Vertrauen noch verstärken. Es ist als sicher anzunehmen, daß der Geldzufluß nach Deutschland alsbald einsetzen wird. Die große Siemencsanleihe wird 150 Millionen Mark neue Mittel bringen. Im Laufe des ersten Halbjahres wird wahrscheinlich auch die 100-Millionen-Anleihe der Reichsbahn nach der Reichspost perfekt werden. Ferner wird nach der Ratifizierung der Reparationsabmachungen die erste Rate der Jandholzanleihe zur Auszahlung gelangen können. Die Geldbrut scheint also bald behoben zu sein. Allein die 100 Millionen Mark für die Reichsbahn und die Reichspost können zur Ankerbelastung der Wirtschaft dienen. Ein Umschwung der Konjunktur dürfte also in naher Aussicht stehen. Es kommt nun noch darauf an, daß die Hindernisse hinweggeräumt werden, vor allem, daß der Reichsbankdiskont weiter gesenkt wird.

Arbeiterversicherung

Gegen die Innungskrankenkassen.

Nach dem „Amtlichen Preussischen Pressendienst“ hat der Minister für Volkswohlfahrt an die Vorsitzenden der Oberversicherungsämter einen Rundschreiben gerichtet, in dem er die Beschlüsse des preussischen Landtages zur Kenntnis bringt und erlucht, diesen Beschlüssen durch genaueste Beachtung der angeführten Vorschriften Rechnung zu tragen. Bezüglich der Entscheidung über die Gleichwertigkeit der Leistungen einer neu zu errichtenden Kasse mit denen der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat der Minister in der Sitzung des preussischen Landtages vom 26. Februar 1929 ausgeführt: „Die Gleichwertigkeit der Leistungen wird durch den Beschlusseschluß des Versicherungsamtes und auf Beschwerde vom Oberversicherungsamt endgültig festgestellt.“ In dem erwähnten Erlaß weist der Minister darauf hin, daß über die Gleichwertigkeit der Leistungen vor der Beschlussfassung des Oberversicherungsamtes über die Errichtung einer neuen Innungskrankenkasse zunächst in den besonderen Verfahren gemäß § 259, 263 AVO. rechtskräftig entschieden sein muß. Bei der Beschlussfassung über die Vereinigung von Innungskrankenkassen gemäß § 276 Absatz 1 AVO. ist danach genau zu beachten, daß der Beschluß des Ausschusses über die Vereinigung nach § 345 Absatz 3 AVO. in getrennter Abstimmung gefaßt werden muß und eine Mehrheit sowohl der Arbeitgeber- als der Versichertenvertreter erforderlich ist. In einer Ausschussitzung, an der nur eine Vertretergruppe teilnimmt, kann über die Vereinigung nicht rechtskräftig beschlossen werden. — Es wird in der Tat Zeit, daß gegen die Innungskrankenkassen energisch eingeschritten wird, denn notwendig wäre es schon längst gewesen.

Verchiedenes

Ferien und Studierreisen.

Das Volksreisebüro Bremen, Nordstraße 45, gibt sein Ferienreiseprogramm für 1930 heraus. Die aufgeführten Reisen sind für diejenigen eingerichtet, die während ihrer Ferien Erholung für Körper und Geist suchen, hohe Summen dafür aber nicht ausgeben können. Unter anderem ist eine Reise an die Riviera, nach Paris, nach Wien und nach England erwähnt, außer verschiedenen Reisen innerhalb Deutschland.

Ferner erscheint von demselben Büro das Gutscheinheft „Drei Tage Bremen und Seefahrt nach Helgoland“, das für einen geringen Preis dem Reisenden einen dreitägigen Aufenthalt in Bremen vermittelt. Das Heft ist kostenlos bei uns und in jedem größeren Reisebüro zu haben und kann für die gedachten Zwecke nur empfohlen werden.

Technisches

I.

Besondere Begleitererscheinungen unseres Zeitalters sind die vielen Erfindungen in allen Berufen. Aber die Hast der Zeit erlaubt es dem einzelnen nicht, sich von dem Wert jedesmal zu überzeugen, sich ein ruhiges Urteil zu bilden. Es fehlt die Zeit; es fehlen auch die nötigen Vorrichtungen. Deshalb haben eine ganze Anzahl von Filialverwaltungen Vorträge über solche beruflichen Neuheiten halten lassen, von denen sie glaubten, daß sie Bedeutung für unsere Mitglieder haben.

Eine solche Vortragreihe hat vor einiger Zeit begonnen. Da diese Vorträge Allgemeininteresse haben, soll ihr wesentlicher Inhalt nachfolgend wiedergegeben werden.

Vom Kronos-Titanweiß.

Bezüglich der weißen Farben sei es bekannt, daß diese in unserm Handwerk eine Hauptrolle spielen; fast bei allen Mischungen bilden sie die Grundlagen. Es sei daher verständlich, daß die Farbchemiker eine dankbare Aufgabe darin sehen, eine weiße Farbe herzustellen, die allen unsern Anforderungen vollauf genügt.

Vor etwa 20 Jahren sei es gelungen, das Metall Titan in eine Farbe umzuwandeln, eben das Titanweiß. Allmählich fand dieses den Weg in die Malerwerkstätten. Es besäße aber noch lange nicht das Vertrauen der Maler, weil man über diese Farbe noch nicht genügend unterrichtet sei. Um die Güte eines neuen Werkstoffes festzustellen, müsse man Vergleiche ziehen mit schon bekannten Farben dieser Art. Bei diesen Vergleichen des Titans, besonders des „Kronos“-Titans, mit Bleiweiß, Zinkweiß und Lithopone ergebe sich, daß diese 3 alten Farben 12 Mängel hätten, die dem „Kronos“-Titanweiß nicht anhaften. Mängel, die gesundheitlich und wirtschaftlich dem Handwerk hinderlich seien, die auch der Grund gewesen seien, schon lange nach einer neuen weißen Farbe zu suchen. Nun wurden die Mängel und Vorzüge einander gegenübergestellt, die die volle Brauchbarkeit des Titanweiß ergaben.

Alsdann wurde die Herstellung des „Kronos“-Titanweiß eingehend geschildert, da jeder Handwerker sein Werkzeug und seine Werkstoffe nicht gründlich genug kennen kann. Gerade den Aufbau einer Farbe zu kennen, sei richtig, weil es im Handwerk zu viele verschiedene Anwendungsmöglichkeiten gebe. Die Herstellung des „Kronos“-Titanweiß geschehe nach einem Patentverfahren, das andere Fabriken nicht anwenden dürfen; es wäre eine Vermischung der Farbkörper, nicht ein mechanisches Vermischen; man dürfe beim „Kronos“-Titanweiß deshalb auch nicht den Wert nach Siegeln feststellen, die gebe es nicht, sondern die Marke selbst bürge für die bestzusammengestellte Malerfarbe dieser Art. Man müsse beim Verbrauch auch immer auf die Marke achten, es gebe schon über 1 Duzend verschiedene Sorten, die sehr unterschiedlich im Werte seien. Die I.-O.-Farbenindustrie, die das ursprüngliche norwegische „Kronos“-Titanweiß jetzt für

Deutschland herstelle und eine große Fabrik nur für die Zweck gebaut habe, stelle für Maler nur eine Marke her, eben „Kronos“-Titanweiß, Standard A, und zwar Pulver und auch in Öl eingerieben. Diese Marke bürge für einwandfreie gute Ware, sie sei sehr schön weiß, sie sei im Korn, haltbar für innen und außen, ließe sich in allen Farben mischen, ohne häßliche Farböne zu geben, gelbe weniger als alle andern weißen Farben, da ebenso gut wie Bleiweiß, sei sehr ergiebig, wäre nicht so trocken gut und kaum teurer als Lithopone in der Verarbeitung.

Es ist eine Farbe, die den Betrieb vereinfacht, verhindert Verwechslungen und soweit auch viele Fehler. Man solle anstreben, die Farbe zu gebrauchen, um ihre Vorzüge kennenzulernen. Eine ausführliche Gebrauchsanweisung wurde noch erteilt, in der alles enthalten ist, was Verbraucher wissen muß.

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johann Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Zukünfte bereitwilligt.

Angemeldete Patente.

Nr. 75 a. Sch. 87 734. Lackiereinrichtung. Von Schilde, Maschinenfabrik AG., Hersfeld (H.-N.).

Nr. 75 b. D. 50 321. Verfahren zur Herstellung elastischer bleibender Bemusterungen durch Auftragen eines Gemisches von hochviskosen Lösungen durchscheinender Kolloide in Farbkörperchen. Deka-Textilfarben AG., München, Pfaffenhauserstr. 8.

Erteilte Patente.

Nr. 75 c. 491 555. Misch- und Verreibmaschine für Farbuspensionen oder dergleichen. Ernst Storch, Wittenberg, Bezirk Halle.

Nr. 75 c. 491 939. Zerstäuberdüse. Dipl.-Ing. Rudolf Ludwig, Hamburg 37, Hansstr. 65.

Nr. 75 c. 491 940. Vorrichtung zum Bemustern von Flächen aller Art. Louis Henjon, Hans Cloßmann, Reichenhaustr. 49, und Heinrich Vieck, Amstelsstr. 3, Hamburg.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1 104 755. Abkragvorrichtung für Maler. Otto Vogt, Remscheid-Hasten, Unterhöfelerfelder Straße 3.

Nr. 75 c. 1 105 054. Verschluss für Farbsöpfe. Albert Kraußberger, Holzhausen bei Leipzig.

Nr. 75 c. 1 105 201. Farbsprühapparat. Otto Berger Groißsch, Bezirk Leipzig.

Literarisches

Allgemeiner Deutscher Beamtenschaft. Heft 25 der Schriftensammlung des ADGB enthält eine übersichtliche Zusammenfassung der wichtigsten Organisationsrichtlinien nebst Satzung des Bundes. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes m. b. H., Berlin W 35.

Sozialistische Kulturpolitik. Die Erstarkung der Arbeiterbewegung und die wachsenden kulturellen Bedürfnisse der proletarischen Massen machen es notwendig, daß die Arbeiterorganisationen in immer stärkerem Maße sich den kulturellen Problemen zuwenden und ihren Einfluß in Staat, Ländern und Gemeinden für die Durchführung ihrer kulturpolitischen Forderungen einsetzen. — Unter diesem Gesichtspunkt werden in dem neuen, erschienenen Sammelheft „Sozialistische Kulturpolitik“ eine Reihe von Aufsätzen behandelt, die allgemeine Beachtung verdienen. Aus dem reichen Inhalt der „Kulturpolitik“ der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung“ sei besonders eine Besprechung des Werkes „Deutschland und die Mächte vor dem Kriege in amtlichen Schreiben des Fürsten Bülow“ hervorgehoben, das in gewisser Hinsicht eine politische Sentenz bedeutet. In der „Sozialistischen Kulturpolitik“ gibt die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Wochenwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 P. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Januarheft 1930. Vierteljährlich Abonnement 3,60 M. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung Jena. — Den Funktionären und Ortsverwaltungen kam die anregende Zeitschrift zum Abonnement empfohlen werden. Wirtschafts-Informationen-Dienst. Schriftleitung: Kurt Seinia und Dr. Fr. Fernied, Berlin. Dezemberheft 1929. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich-Abonnement 2 M. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung Jena. — Der „Wirtschafts-Informationen-Dienst“ bringt ständig Querschnitte durch unser Wirtschaftsleben. Er ist eine beachtenswerte Quelle, sich fehlende Wirtschaftskennntnisse anzueignen.

Vom 10. Febr. bis 16. Febr. ist die 7. Beitragswoche. Vom 17. Febr. bis 23. Febr. ist die 8. Beitragswoche.

Bereinstell

Eingefandte Gelder: Der in der vorigen Nummer „Der Maler“ quittierte Betrag von 300 M des 5. Bezirks wurde von der Filiale Zwickau eingefandt.

L. Ringel, Kassierer.

Sterbetafel.

Bremen. Am 31. Januar starb unser langjähriges Mitglied Albert Schrader nach längerer Krankheit an den Folgen seiner Kriegsdienstbeschädigung im Alter von 54 Jahren. — Am 3. Februar starb unser Kollege Ernst Brunnert nach kurzer Krankheit im Alter von 34 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Züchtige Holzmaler

werden sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Es wollen sich aber nur Fachleute melden.

Zuschriften erbeten an:

Otto Schneider, Möbelfabrik, Bernsdorf O.-L.